

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz- Grundverordnung (DSGVO)

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

Diese Hinweise werden auf der Homepage der Verbandsgemeinde Ulmen veröffentlicht. Dort finden Sie auch die Datenschutzhinweise für Besucher unserer Homepage.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Verbandsgemeinde Ulmen
Marktplatz 1, 56766 Ulmen
Tel.: 02676/409-0
E-Mail: info@ulmen.de

2. Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Verbandsgemeinde Ulmen
Herr Tobias Krämer
Marktplatz 1, 56766 Ulmen
Tel.: 02676/409-212
E-Mail: datenschutz@ulmen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Wir verarbeiten Ihre personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), dem Landesdatenschutzgesetz RLP (LDSG) sowie weiteren bereichsspezifischen landesrechtlichen Vorschriften. Darüber hinaus dienen insbesondere folgende Vorschriften als Rechtsgrundlage:

- Bundeswahlgesetz (BWahlG)
- Kommunalwahlgesetz (KWG)
- Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO)
- Hauptsatzung der Verbandsgemeinde Ulmen
- Geschäftsordnung des Verbandsgemeinderates Ulmen
- Einwilligung (z.B. bei der Veröffentlichung von Fotos)

Ihre personenbezogenen Daten werden darüber hinaus zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der Verbandsgemeinde/ Ortsgemeinde liegenden Aufgabe insbesondere nach §§ 33, 34 und 41 GemO zur Unterrichtung der Ratsmitglieder/ Beigeordneten usw. sowie zur Übermittlung von Einladung und Tagdesordnung sowie ggf. Niederschriften erforderlich, damit die Ratsmitglieder/Beigeordneten usw. ihre Aufgaben insbesondere nach §§ 32, 50 GemO wahrnehmen können.

U.a. werden Ihre Daten für folgende Zwecke verarbeitet:

- Vor- und Nachbereitung des Sitzungsdienstes der kommunalen Gremien
- Wahrung von Öffentlichkeitspflichten
- Verwaltung der Gremien und deren Besetzungen mit Mandatsträgern
- Erstellung von Dokumenten im Rahmen des Sitzungsdienstes (z.B. Vorlagen, Einladungen, Sitzungsprotokollen)
- Bereitstellung der Informationen im Intranet und Internet (öffentlich erreichbares Bürgerinformationssystem und passwortgeschütztes Ratsinformationssystem)

Hinweis zum Widerruf von Einwilligungen:

Haben Sie einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch Einwilligung zugestimmt, können Sie diese bei Bedarf jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

4. Betroffene Personen

Mitglieder der kommunalen Gremien

5. Kategorien der personenbezogenen Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Insbesondere verarbeiten wir nachstehend aufgeführte personenbezogene Daten:

- Name, Vorname
- Anschrift
- Geburtsdatum
- Kontaktdaten (Telefon- und Handynummer, E-Mail Adresse)
- Beruf
- Bankverbindung
- die Funktion, für die der Betroffene eingesetzt wird (z.B. Ausschusszugehörigkeiten)
- die Zugehörigkeitsdauer zu den verschiedenen Gremien

Wir erheben personenbezogene Daten grundsätzlich bei der betroffenen Person selbst. Dies erfolgt z.B. durch Bewerbungen, Einwilligungen, Mitteilungen und Anträge. Darüber hinaus kann eine Erhebung von personenbezogenen Daten bei Dritten erfolgen, wenn diese durch Gesetz zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Alle uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten von betroffenen Personen dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn diese dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich vorgesehen ist.

Darüber hinaus können Ihre Daten von der Verbandsgemeinde Ulmen eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO), insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen erhalten, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten.

Die Daten dienen der hausinternen Weitergabe sowie der Veröffentlichung für die Öffentlichkeit (Teildaten).

7. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Wir übermitteln Ihre Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR (Drittländer) nur, soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist oder Sie uns Ihre Einwilligung dazu erteilt haben.

Aktuell findet keine Übermittlung von Daten an Drittstaaten statt und ist auch nicht geplant.

8. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur für die Dauer der Bearbeitung. Vorrangig für die Dauer der Speicherung ihrer personenbezogenen Daten sind konkrete Aufbewahrungs- und Löschfristen (z.B. Bestimmungen des BWahlG oder des KWG). Grundsätzlich werden die Daten nur so lange gespeichert, wie sie für den v.g. Zweck erforderlich sind.

9. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO). In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren und zum Verfahrensabschnitt gemacht werden.

- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO).

- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt wird.

Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,

- insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
- für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
- wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,

- oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet.

- Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Telefon: 06131/208-2449
Telefax: 06131/208-2497
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de